

Winne Hermann



Bewerbung zur Bundestagswahl 2005 als Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Tübingen

ROTGRÜN oder GRÜN?

Mit der Ankündigung vorgezogener Neuwahlen hat der Bundeskanzler (wieder einmal) Freund und Feind verblüfft. (S)ein Befreiungsschlag mit kurzfristigem Effekt. Schon in den folgenden Tagen wurde klar, dass Schröder damit eine Lawine losgetreten hatte, die ihn selbst und die SPD tiefer in den Abgrund riss und faktisch das rotgrüne Projekt beendete. Medien und Meinungsumfragen tun das Ihrige und signalisieren Endzeit- und Wechselstimmung. Die rasche Verständigung der Union auf die Kanzlerkandidatin Merkel lassen diese schon wie die sichere Siegerin erscheinen.

Drei Monate vor der Wahl müssen wir nüchtern feststellen, dass aus heutiger Sicht die Fortsetzung einer rotgrünen Regierung nicht sehr wahrscheinlich ist. Und doch sollten wir eine (bessere!) Neuauflage von ROTGRÜN nicht ausschließen, allerdings ein „weiter so“ schon. Wir kämpfen realistischer und kluger Weise vor allem für GRÜN, für mehr GRÜN und eine neue starke Fraktion im Bundestag. Wir gehen bewusst mit doppelter Option in den Wahlkampf. Die Oppositionsrolle schreckt uns nicht.

Trotz relativ guter aktueller Umfragewerte für GRÜNE unsere Situation ist nicht einfach. Die verfehlten Arbeitsmarktreformen, die hohen Arbeitslosenzahlen, die Gerechtigkeitslücke unserer Politik, das schlechte Image der Regierung - all das wird zwar nicht zuerst uns GRÜNEN angekreidet. Aber wir werden uns der eigenen Mitverantwortung nicht entziehen können. Das zeigen auch unsere letzten Wahlergebnisse. Wir müssen zudem davon ausgehen, dass in Zeiten sozialer und ökonomischer Krisen unsere grünen Themen und Erfolge leicht in Hintergrund geraten, zumal in einem Wahlkampf, der nur ein Thema hat: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Selbst-)Kritische Bilanz ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Neuanfang

Dass die Koalition in den letzten Jahren ihre WählerInnen so sehr verprellt hat, hängt vor allem mit den Arbeitsmarktreformen und der Steuerpolitik zusammen. Aber auch Beschlüsse wie z.B. zu MEADS oder Schröders Versuch, das Waffenembargo gegen China aufzuheben, haben viele verärgert. Trotz vielfältiger grüner Kritik und Warnungen aus den eigenen Reihen wurden schwerwiegende Fehler gemacht. Der Regierungspolitik fehlte der überzeugende rotgrüne Faden, obwohl wir im Koalitionsvertrag einen solchen vereinbart hatten: Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit.

Keine Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierungen

Die Koalition hat mehrfach die Steuersätze gesenkt, Unternehmen und Besserverdienende entlastet, aber die geplante Gegenfinanzierung, die Beseitigung von Sondertatbeständen, Subventionen, Steuerschlupflöchern wurde von der Union im Bundesrat blockiert. Nun müssen wir uns ausgerechnet von eben dieser Union beschimpfen lassen, dass dank sinkender Steuereinnahmen die Staatsverschuldung wächst. So hat uns die Union im Bundesrat ganz schön auflaufen lassen. Für mich ist klar, weitere Steuersenkungen sind weder ökonomisch noch politisch sinnvoll. Wir sind mit der Steuerquote im internationalen Vergleich am unteren Ende. Die Wirtschaft wächst trotz großzügiger Entlastungen nicht, es wird nicht investiert und Arbeitsplätze werden weiter steuerbegünstigt ins Ausland verlagert. Der Staat ist aufgrund katastrophaler Verschuldung auf allen Ebenen zunehmend handlungsunfähig. Sozial oder kulturell wichtige Aufgaben müssen mangels öffentlicher Mittel zum Schaden der Allgemeinheit und sozialer Gerechtigkeit weggespart werden. Notwendige Zukunftsinvestitionen fallen aus. Das muss sich ändern! Wir müssen umsteuern.

Arbeitsmarktreformen sozial korrigieren

Die sozial problematischen Teile der Clement'schen Arbeitsmarktreformen konnten wir Grünen zunächst im Bundestag deutlich abmildern. Die Union allerdings hat all diese Verbesserungen mit ihrer Bundesratsmehrheit wieder einkassiert und eine Reihe von bürokratischen Verschlimmbesserungen bei Hartz IV zu verantworten. Ich habe deshalb zusammen mit einigen KollegInnen diesem großkoalitionären Kompromiss des Vermittlungsausschusses im Bundestag nicht zugestimmt.

Wir werden uns nicht von allen Arbeitsmarktreformen distanzieren wollen und können. Das wäre auch nicht glaubwürdig. Aber wir müssen in diesem Wahlkampf deutlich machen, dass es aus sozialen Gründen dringenden Korrekturbedarf gibt: deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten, Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I bzw. Übergangsregelung für ältere ArbeitnehmerInnen und LangzeiteinzahlerInnen, bessere Schonung des Altersvorsorgevermögens, Förderung von sinnvoller Arbeit für Langzeitarbeitslose durch Lohnnebenkostenzuschüsse statt 1-Euro-jobs. Die Zumutbarkeitsregelung muss durch eine gesetzliche Absicherung branchenspezifischer Mindestlöhne abgemildert werden. Perspektivisch muss eine auskömmliche soziale Grundsicherung das ALG II bzw. die Sozialhilfe ablösen.

Arbeitslosigkeit intelligenter bekämpfen

Auch eine gelungene Reform der Arbeitsvermittlung schafft keine Arbeitsplätze. Darauf haben wir grüne KritikerInnen immer hingewiesen. Hierzu sind andere Konzepte nötig: Arbeitszeitverkürzung bzw. Umverteilung der Arbeit statt Arbeitszeitverlängerung, öffentliche Förderung von gemeinnütziger Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und Schwervermittelbare, gezielte Entwicklung und Förderung von Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Feldern/Branchen wie z.B. Medizintechnik, Gesundheit und Prävention, Pflege und Dienstleistungen für Ältere, eine Bildungs-, Wissenschafts- und Technologieoffensive zur Entwicklung der Wissensgesellschaft. Die Politik, getrieben von Wirtschaftsverbänden und wirtschaftsnahen Medien, ist überwiegend und fataler Weise fixiert auf die Industrieproduktion, auf Exportförderung von Industriegütern (da sind wir ja Exportweltmeister!), internationale Konkurrenzfähigkeit im Kostenbereich, anstatt auf Qualität und Innovationen. Arbeitsplätze im Dienstleistungs-, Bildungs- und Wissensbereich, die wir in Deutschland vermehrt brauchen und halten könnten, werden zu wenig strategisch entwickelt. Den wirkungslosen allgemeinen Wachstumsbekenntnissen (oder besser: Gebeten) müssen wir Grüne Konzepte für nachhaltiges Wachstum bestimmter, zukunftsgerechter Sektoren entwickeln, wie uns das im Bereich Erneuerbarer Energien gelungen ist. Es war von Anfang an eine Fehlkonstruktion der Agenda 2010, dass sie nicht mit der Strategie für Nachhaltige Entwicklung verbunden wurde.

Ökologische Modernisierung ist ein zentraler Ansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Inzwischen werden von der großen Koalition aller deutschen Arbeits- und Wachstumsparteien die plattesten Vorurteile gegen Umwelt- und Naturschützer reaktiviert. Als gingen wir für Kröten schon mal über Arbeitslose hinweg. Dabei ist es gerade die ökologische Borniertheit der Wirtschaft und ihrer politischen Lobbyisten in Parlamenten und Regierungen, die vorhandene Arbeitsplätze gefährdet und die Chance auf neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze verspielt. Beispiele: die Blockade der deutschen Autoindustrie bei der Einführung des Diesel-Rußfilters, die zu massiven Absatzeinbrüchen führte; die fehlenden ökologischen Innovationen für neue Antriebsysteme und alternative Treibstoffe, die schon mittelfristig Arbeitsplätze gefährden werden; die Schonung/Begünstigung atomarer oder fossiler Energiestrukturen, die bis heute die Modernisierung der Energieversorgung erschwerte. Angesichts knapper und teurer werdender Ressourcen werden nur ökoefiziente Produktionsweisen und Produkte in Zukunft noch Arbeitsplätze sichern können.

Energiewende und mehr

Der sukzessive Ausstieg aus der Atomwirtschaft (übrigens: die hochriskante Wiederaufarbeitung ist seit Juni 2005 beendet) und die Einleitung der Energie- und Agrarwende sind das erfolgreichste Programm zur Förderung von nachhaltigem Wachstum und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Windkraft- und Biogasanlagen, Technologien zur regenerativen Energieerzeugung sind Exportschlager, wie auch das Erneuerbare Energien Gesetz. Trotz riesiger Erfolge (z.B. Verdoppelung des Anteils an EE in wenigen Jahren), die wir stets gegen die CDU/CSU/FDP und einen Teil der SPD durchkämpfen mussten, sind wir noch weit von einer sicheren, nachhaltigen Energieversorgung und naturverträglichen Landwirtschaft entfernt. Ein Regierungswechsel würde zwar nicht zur Abschaltung der Sonne und der Stilllegung der Ökolandwirtschaft führen, aber diese ökologisch positiven Entwicklungen schwer gefährden. Die Verlängerung der Laufzeiten von abgeschriebenen Atomkraftwerken wäre nicht nur technisch hochriskant und innovationsfeindlich. Dieser atomare Billigstrom würde alternative Technologien auf Jahre aus dem Markt fern halten. Klimaschutz, Energie- und Ressourcensparen, von uns Grünen beharrlich erkämpft, würden wieder Randgrößen einer Wirtschaftspolitik werden, die nur kurzfristige Konkurrenzfähigkeit durch Kostensenkung sichern will.

Umwelt- und Naturschutz vor neuen Herausforderungen

Wenn schon der Bundespräsident im Stil der Achtzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts meint, Arbeit müsse jetzt Vorfahrt haben, dann müssen bei Natur- und UmweltschützerInnen alle Alarmglocken schrillen. Damit nicht sämtliche Einsichten vergessen werden, die Wissenschaft und Umweltbewegung, aber auch die sichtbaren Folgen von Natur- und Umweltzerstörung der Konsumgesellschaft mühselig beigebracht haben, braucht es starke, sehr starke GRÜNE im Parlament. Für CDU/CSU/FDP ist Umweltpolitik Synonym für bürokratische Überreglementierung, die es im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit weitgehend abzubauen gilt.

Die Blockierer von Umweltschutz sitzen im Bundesrat

Die unionsgeführten Länder im Bundesrat haben uns mit ihrer Mehrheit im Bundesrat, teilweise sogar mit Unterstützung durch SPD-geführte Koalitionen, das Umweltgesetz-machen erheblich erschwert. Gegen Ende ging fast nichts mehr ohne Vermittlungsausschuss: Ob Hochwasserschutz, Lärmschutz, Luftreinhaltung – stets wurde die parlamentarische Mehrheit im Bundestag ausgehebel, meist lange Zeit blockiert. Die Leitlinie der Union war, nach außen scheinbar kooperativ, im nicht öffentlichen Verfahren gnadenlos dagegen, bis hin zum Versuch, Umsetzung europäischen Rechts (beispielsweise bei der Umsetzung der Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung oder der Umgebungslärm-Richtlinie) zu verhindern. Die schwarzgelbe Umweltpolitik wurde zunehmend zur Täuschungsnummer: Mal warf man uns vor, wir hätten grüne Ideen verraten, wenn wir uns auf Kompromisse einlassen mussten, die sie selbst mit erzwungen hatten. Ansonsten galt der Dauervorwurf, wir würden die deutsche Wirtschaft gefährden. Zuletzt machten sich alle Umweltpolitiker fraktionsübergreifend stark für ein einheitliches modernes Umweltgesetzbuch, während zugleich die schwarzen Landesfürsten auf landesspezifische Abweichungskompetenzen pochten. Dies alles können wir nicht oft genug öffentlich benennen. Ein Regierungswechsel würde die Blockadesituation zwischen Bundesrat und Bundestag zwar beenden. Die Folgen einer doppelten Mehrheit gegen Natur und Umwelt wären allerdings katastrophal.

Öko ist nicht mehr selbstverständlich

Schon im Wahlkampf, aber auch in den kommenden Jahren wird es die besondere Aufgabe von uns GRÜNEN sein, der Umwelt- und Zukunftvergessenheit entgegen zu wirken. Globale Verantwortung auch für zukünftige Generationen, Klima- und Ressourcenschutz, Erhalt der Artenvielfalt, Natur- und Umweltschutz, gesunde Ernährung, Verbraucher- und Gesundheitsschutz brauchen eine kräftige Stimme. Wir sollten im Bündnis mit Natur- und Umweltorganisationen diesem wieder erwachenden, gefährlichen Zeitgeist widersprechen.

Nachhaltig grün, GRÜN ist mehr

Seit Jahren arbeiten wir an Konzepten und Strategien der nachhaltigen Entwicklung. Sozial gerecht, umweltverträglich und wirtschaftlich effizient wollen wir das Land gestalten. Es ist ein wesentlicher Erfolg von Bündnis 90/Die Grünen, dass die Bundesregierung eine nationale Strategie erarbeitet hat, mit der die Leitbilder Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und globale Verantwortung schrittweise, wenngleich nicht immer konsistent, verfolgt werden. Ohne uns GRÜNE würde es das alles so nicht geben.

Ich bitte um Unterstützung

Ich habe in den vergangenen Jahren als Umweltpolitischer Sprecher, als Sportpolitiker und als Mitglied des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung zusammen mit KollegInnen und den grünen Ministerien Einiges erkämpfen und Vieles bewegen können. Soziale Gerechtigkeit und Ökologische Erneuerung waren für mich im Sinne der Nachhaltigkeit handlungsleitende Prinzipien. Unterstützung der rotgrünen Koalition habe ich nie mit unkritischer Loyalität verwechselt. Ich bin überzeugter Parlamentarier, der seinen kritischen Verstand nicht an der Fraktionstür abgibt. Kriegsbeteiligungen bleiben für mich als Pazifist weiter unter Gewissensvorbehalt. In all den Jahren habe ich für meine Arbeit viel Unterstützung von der grünen Basis gefunden. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich möchte in diesem Sinne, mit klarem grünen Profil, mit viel Kraft und nachhaltiger Perspektive weiter für euch im Parlament die „grüne Sache“ vertreten.

Ich bitte um eure Unterstützung für einen vorderen, aussichtsreichen Listenplatz.

Euer Winne Hermann



Zur Person

- **Geboren (1952) und aufgewachsen in Rottenburg am Neckar**
- **Zivildienst (1971/72)**
- **Studium der Fächer Deutsch, Politik und Sport in Tübingen (1973-79)**
- **Seit 1982 Mitglied bei den Grünen**
- **Referendariat und Lehrer am Gymnasium in Stuttgart (1979-84)**
- **Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, politische Schwerpunkte: Schule, Jugend und Sport (1984-1988)**
- **Fachbereichsleiter an der vhs Stuttgart, verantwortlich für die Bereiche Gesundheit und Bewegung, Koordination vhs international/interkulturell und Lokale Agenda (1989-98)**
- **Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg (1992-97)**
- **Seit 1998 im Bundestag, Umweltpolitischer und Sportpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Arbeitsschwerpunkte: Umwelt, Nachhaltige Entwicklung, Verkehr und Sport**
- **Verheiratet, eine Tochter**

Adressen

Bundestagsbüro

Platz der Republik
110011 Berlin

Tel.: 030 - 227 71950

Fax: 030 - 227 76399

winfried.hermann@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Rümelinstr. 8
72070 Tübingen

Tel.: 07071 - 252 757

Fax: 07071 - 252 559

winfried.hermann@wk.bundestag.de

Zur weiteren Information über meine Parlamentsarbeit siehe meine Homepage

www.winnehermann.de

Bewerbung zur Bundestagswahl 2005 als Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Tübingen (Teil 2)

Aktivitäten und Erfolge im Wahlkreis in den vergangenen Jahren

Die folgenden Stichworte sollen beispielhaft einen Ein- und Überblick über meine Aktivitäten im Wahlkreis geben

1. Veranstaltungen zu aktuellen Themen (mit Gästen)

- „(Sch)Mächtige UNO- Sind die Vereinten Nationen noch zu retten?“ Mit taz-Redakteur und UNO-Fachmann Andreas Zumach
- „Weg vom Öl, Perspektiven Erneuerbarer Energien, Klimaschutz.“ Mit Hans-Josef Fell, MdB
- Bundesumweltminister Jürgen Trittin macht bei seiner Energietour durch Baden-Württemberg auch einen Abstecher in Kiebingen und Tübingen
- „Hartz IV vor Ort“. Mit Tübinger ExpertInnen über die Umsetzungsprobleme vor Ort
- „Arbeitsplätze braucht das Land – Grüne Perspektiven einer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ Mit FachreferentInnen aus Bund und Land
- Renate Künast in Rottenburg als Gastrednerin

2. Kontakte mit den politisch Verantwortlichen in Kreis und Region

- regelmäßige Besuche bei Bürgermeister, Landräten, Gemeinderäten, Regierungspräsidenten, Leiter Arbeitsämter der Region zum Informationsaustausch z.B. über Gemeindefinanzreform, Arbeitsmarktreformen oder Verkehrsprojekte in der Region

3. Besuch/Kontakt /Austausch mit Initiativen, Firmen und Institutionen

- regelmäßiger Kontakt zu Bürgerinitiativen, Besuche bei örtlichen Firmen zum Austausch, Besuche in Schulen bzw. Diskussionen mit Schulklassen zu verschiedenen Themen
- Austausch mit dem Personalrat Uniklinikum Tübingen in Bezug auf das Krankenhaus Hechingen/Aktive Unterstützung zum Erhalt der Hechinger Klinik und Mitgliedschaft im Förderverein

4. Präsenz im Wahlkreis

- Teilnahme an verschiedenen Festen (Tübinger Sommer, Benefizveranstaltungen), Jubiläumsfeiern (LTT), Messen (fdf, Ausstellung für die Familie)
- Fasnetsumzüge, Dorffeste, Basketballspiele und andere Sportveranstaltungen
- Regelmäßige Bürgersprechstunde als offene Runde in Form eines Brunches („Osterfrühstück“, Nikolaus-Sprechstunde...)
- Beteiligung an sozialen Aktionen, z.B.: Sammlung für Spendenaktionen (Hechinger Verein „Kinder brauchen Frieden“ oder Übernahme der Schirmherrschaft für Straßenfußball-Turnier)
- Teilnahme an Infoständen

5. Erfolgreiche Anstöße und Projekte im Wahlkreis

- viele verkehrspolitische Projekte im BVWP erfolgreich durchgesetzt/verhindert (Bsp.: Schindhaubasistunnel B27 Tübingen)
- durch Vor-Ort-Termin und regen Briefwechsel mit DB: Kurzfristig einen Fahrgastunterstand ermöglicht am Bahnhof Nehren
- durch Vor-Ort-Termin, regen Briefwechsel und massiven Druck in Zusammenarbeit mit der Presse und lokalen Behindertengruppen: relativ zügiger Bau der behindertengerechten Aufzüge am Hauptbahnhof Reutlingen

Perspektiven und Vorsätze für die zukünftige Wahlkreisarbeit

Die folgenden Ausführungen sind erste konzeptionelle Ideen für die Wahlkreisarbeit in den kommenden Jahren. Sie müssen zusammen mit dem Kreisvorstand nach der Bundestagswahl konkretisiert werden.

1. Beteiligung und Vernetzung fördern

Auch in der nächsten Legislaturperiode werde ich sicherstellen, dass die Kreismitglieder regelmäßig und aktuell aus Berlin informiert werden. In wichtigen Entscheidungspunkten setze ich auf rechtzeitige Diskussionen und Beteiligung der Basis an der Willensbildung der Fraktion und der Partei. Ich möchte dazu beitragen, dass sich der Kreisverband nicht nur innergrün, sondern auch nach außen politisch bemerkbar macht. Zur Verbesserung der Vernetzung und Zusammenarbeit der MandatsträgerInnen will ich das Meinige tun. Das grüne Profil im Wahlkreis soll sichtbarer und unser Einfluss größer werden.

2. Zukunftsdebatten anstoßen

Ich schlage vor, dass wir Zukunftsdebatten/-foren zu zentralen Fragen zur Zukunft des Kreises bzw. der Region anregen und organisieren. Beispielsweise

- Infrastruktur und demografischer Wandel (Was können/sollten wir uns leisten?)
- Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsangebote
- Neue Arbeitsplätze in der Wissenschafts-, Bildungs- und Dienstleistungsregion
- Globale Verantwortung: Klima- und Ressourcenschutz in der Region
- Wie viel Staat, wie viel Sozialstaat wollen/können wir und in welcher Form leisten?

3. Verkehrsprobleme ökologisch lösen

Eine Daueraufgabe bleiben die Verkehrsprobleme in der Region. Unsinnigen Ausbauprojekten wie dem Teilausbau der B 28neu von Tübingen ins Neckartal werde ich mich widersetzen. Die B 27 mit den notwendigen Umfahrungen, vor allem der Tübinger Südstadt durch den Schindhau-Basistunnel, der von der CDU- Landesregierung offenbar wieder in Frage gestellt wird, hat für mich nach wie vor oberste Priorität. Die Regio-Stadtbahn sehe ich als ein grünes Langfristprojekt, das langen Atem verlangt angesichts der aktuellen Finanzlage.